

Morgens

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wiederaufbau!

V. Sch. Köln a. Rh., 7. Januar 1923. (Fig. Ver.)

Als Bierpont Morgan, der Begründer des New Yorker Bankhauses, einmal im Jahre 1917 nach seinen Ansichten über die Möglichkeit eines baldigen Friedensschlusses gefragt wurde, soll er seinen Pessimismus in folgende Antwort gekleidet haben: „Ich habe schon gehört, daß man aus Eiern Rührei, nicht aber, daß man aus Rührei Eier machen kann.“

Dieses Wort hätte all denen zur Mahnung dienen sollen, die einen gesunden und lebensfähigen, wenn auch schwachen Organismus mit der Begründung zerstören wollten, daß sie an dessen Stelle einen ganz neuen schaffen würden. Was die russischen Bolschewiki national und international auf diesem Gebiete gefündigt haben, daran wird die eigene und die Arbeiterklasse der ganzen Welt vielleicht noch Jahrzehntelang zu leiden haben. Die systematische und doch nur blinde Zerstörung der alten sozialistischen Internationale hat zwar Trümmer hinterlassen, aber die Moskauer Zertrümmerer haben sich total unfähig erwiesen, auch nur die mit ihnen ursprünglich sympathisierenden Elemente des Weltproletariats zusammenzufassen. Die 21 Punkte des zweiten Weltkongresses im Juli 1920 haben die erste Brezke unter die eigenen Anhänger geschlagen, und was sich damals trotz dem Dritten Internationale angeschlossen hat, läuft wie mißglückter Pudding auseinander. Die Entscheidungen des vierten Weltkongresses vom November 1922 haben diesen Auflösungsprozeß nicht nur nicht aufhalten können, sondern ihn sogar beschleunigt. Diese Zerlegung nimmt besonders bei den französischen Kommunisten geradezu groteske Formen an.

Zum Glück hatten sich wichtige Bestandteile der sozialistischen Internationale, insbesondere die englische, die belgische und die deutschösterreichische Arbeiterpartei von dem Moskauer Spaltungsbazillus freihalten können, und auch in Deutschland war in klarer Erkenntnis der reaktionären Gefahr der Wille zur Einigung und zum Wiederaufbau im Laufe des verfloßenen Jahres so stark geworden, daß die sozialistische Einigung in Nürnberg feierlich vollzogen und jubelnd begrüßt wurde.

Die ungeheure internationale Rückwirkung dieses Zusammenschlusses kam schon damals in den Äußerungen der Führer unserer ausländischen Bruderpartei zur Geltung, die in einer gemeinsamen Sonderausgabe des „Vorwärts“ und der „Freiheit“ veröffentlicht wurden. Der Erwartung, daß dieser deutschen bald die internationale sozialistische Einigung folgen würde, gab damals in besonders berebten Worten unser Mailänder Genosse Turati Ausdruck, indem er uns schrieb: „Wir wünschen inbrünstig, daß der Erfolg eurer in Nürnberg sich vollziehenden Verschmelzung zu einem Beispiel werde — ich möchte fast sagen zu einem Befehl — dem wir mit Stolz Folge leisten werden.“

In den wenigen Monaten seither ist dieser Wunsch in das Stadium der Verwirklichung eingetreten, zunächst durch die gemeinsamen Beschlüsse vom Haag im Dezember, während des dortigen Friedenskongresses, und weiter auf der zweitägigen hiesigen Tagung des damals eingesehten zehnköpfigen Aktionsausschusses, dem die allgemeine, politische und technische Organisation des internationalen Hamburger sozialistischen Einigungskongresses obliegt.

Daß die Tagesordnung dieser ursprünglich auf drei Tage festgesetzten Kölner Zusammenkunft bereits innerhalb von zwei Tagen erledigt war, erklärt sich nicht aus der Einfachheit der zu lösenden Aufgaben. Vielmehr ist ein solches Werk der Vorbereitung außerordentlich umfangreich, kompliziert und in mancher Beziehung auch heikel. Aber die Einmütigkeit der Gesinnung, der feste, gemeinsame Wille zur schnellen, reibungslosen Erreichung des Zieles, ließ alle Schwierigkeiten leicht überwinden. Solche sind eigentlich nur noch auf Seiten der Wiener Arbeitsgemeinschaft vorhanden, wo bekanntlich die Schweizer Partei, durch frühere, etwas zu scharfe Beschlüsse festgelegt, die Bedeutung des Nürnberger Beispiels noch nicht in ihrer Gesamtheit erkannt hat. Auch in der deutsch-böhmischen Sozialdemokratie wird an gewissen Orten — im Gegensatz zur Parteileitung — die Notwendigkeit der internationalen Einigung noch nicht voll erfaßt. Aber es bestehen die stärksten Aussichten auf eine Überwindung dieser Bedenken, zumal man auf der Seite der Zweiten Internationale zu jedem möglichen Entgegenkommen bereit ist, um jedem, der selbst guten Willens ist, die Zugehörigkeit zu der großen internationalen Familie, die in Hamburg gegründet wird, zu ermöglichen. Das beweisen die in Köln ausgearbeiteten und einstimmig angenommenen Zulassungsbedingungen zum Hamburger Weltkongreß, die, ohne in den eigentlichen Kompetenzbereich des Weltkongresses selber einzugreifen, den Kreis der erwünschten Organisationen rechts und links deutlich abgrenzen: Es werden in Hamburg nur sozialistische Arbeiterparteien zugelassen werden. Das ist der Grundgedanke, der im Augenblick wichtiger ist und jedenfalls schwerer wiegen soll, als alle noch vorhandenen Nuancen der Terminologie oder der tatsächlichen Auffassung.

Die rein technischen Vorbereitungen wurden, soweit sie schon jetzt endgültig getroffen werden konnten, mit Hilfe eines besonders zugezogenen Vertreters unserer Hamburger Parteioorganisation, bereits in weitgehendem Maße geregelt. Die ausländischen Delegierten äußerten ihre lebhafteste Begünstigung über die bereits vorgelegten Dispositionen und spendeten den Hamburger Genossen sozusagen Vorschufsbereiten, deren sie sich zweifellos würdig erweisen werden. Wenn nicht alle

Internationaler Einigungskongreß.

Zu Hamburg 21. Mai 1923.

In der Sonnabend-Sitzung des Organisationskomitees der Zweiten Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien wurde folgender Aufruf zum Internationalen Einigungskongreß in Hamburg beschlossen:

An die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder!

Die sozialistische Internationale ist durch den Krieg zerstört worden. An ihre Stelle sind einerseits isolierte sozialistische Parteien, andererseits Gruppierungen von Parteien getreten, die nur Teile des Gesamtproletariats repräsentieren.

Dieser Zustand der organisatorischen Zerrissenheit hat die schwersten Folgen. Er beeinträchtigt die Kampffähigkeit des Proletariats und vertieft die Gegensätze in den Anschauungen über die Kampfbedingungen und Kampfmöglichkeiten der nächsten Zukunft.

Bei der gegenwärtigen weltpolitischen Lage bedeutet dieser Zustand der Zerrissenheit für die Arbeiterklasse eine Gefahr, die ans Leben greift. Unter dem unüberwindlichen Zwange der Ereignisse tritt daher immer stärker der Wille der Arbeiter herauf, alle klassenbewußten proletarischen Parteien in gemeinsamen Auffassungen und gemeinsamen Aktionen zu verbinden. Dabei ist es jedoch klar, daß das Ziel einer proletarischen Arbeiter-Internationale, die gleichzeitig das Ideal der Allumfassendheit und das der programmatischen Einheit verwirklicht, nicht mit einem Schlage erreichbar ist, sondern nur das Ergebnis langer und unermüdlicher Arbeit sein kann.

Während der letzten Jahre des Weltkrieges und der ersten Jahre nach dem Waffenstillstand sind in den Reihen der Sozialisten tiefgehende Gegensätze sowohl über die Methoden der Aktionen als auch über die Ansichten der revolutionären Entwicklung des proletarischen Emanzipationskampfes getreten.

Heute aber bestimmen wir uns in einer vollständig anderen Phase der Entwicklung. Sowohl auf politischem wie auf ökonomischem Gebiete

verläßt die Reaktion von Tag zu Tag ihre Angriffe.

Die allgemeine Offensive der Bourgeoisie findet ihren ausgeprägtesten Ausdruck in dem blutigen Horthy-Regiment in Ungarn, in dem siegreichen Faschismus in Italien und im Hafenkruzertum in Deutschland. In dieser Situation ist es die Hauptaufgabe des Proletariats, alle seine Kräfte zu konzentrieren, um sie den reaktionären Antrieben der Bourgeoisie in geistiger und fräftiger Abwehrfront entgegenzustellen. Ständen die vergangenen Jahre im Zeichen der Differenzierung, so stehen wir heute im Zeichen der Sammlung der Arbeiterklasse. Am anschaulichsten haben sich diese beiden Phasen in dem Schicksal der sozialistischen Parteien Deutschlands gezeigt. Aber auch in nahezu allen Ländern ist der Wiederaufbau heute bereits erfolgt oder mindestens sehr nahegerückt. Nur jene Parteien und Parteigruppen,

die sich kommunistisch nennen,

arbeiten bewußt dem Einigungskongreß des Proletariats entgegen, wollen die Meinungsgegensätze nicht innerhalb des Rahmens des Gesamtproletariats austragen, sondern sind zu jeder Sprengung kampffähiger Massenorganisationen bereit, wenn auch nur die kleinsten Vorteile für eine kommunistische Fraktion oder für die Moskauer Regierungen politisch erreichbar scheinen.

In diesem Geiste haben die Moskauer Führer im entscheidenden Augenblick den Versuch der Einberufung eines Arbeiter-Weltkongresses durch die Exekutiven von London, Moskau und Wien zum Scheitern gebracht. Seither sind die Schwierigkeiten für eine Verständigung mit der Moskauer Exekutive durch die terroristischen unaussprechlichen Verfolgungen russischer Sozialisten immer größer geworden. Es ist möglich, heute darüber Prophezeiungen zu versuchen, ob die Vereinigung des Gesamtproletariats auf einem einzigen Kongreß nur möglich sein wird, wenn die Kommunisten sich von dieser verkehrten Taktik gegenüber den sozialistischen Parteien abwenden oder wenn die kommunistischen Gruppen, wie es in manchen Ländern heute schon der Fall ist, tatsächlich absterben. Auf jeden Fall ist die

Möglichkeit, einen Arbeiter-Weltkongreß in Gemeinschaft mit der Moskauer Exekutive einzuberufen, auf lange Zeit geschwunden.

Nach den Erfahrungen beim Scheitern der Berliner Konferenz im Mai 1922 blieb kein anderer Weg offen, um dem notwendigen Ziel der Kampffähigkeit nahe zu kommen, als die Einberufung eines internationalen Kongresses der sozialistischen Arbeiterparteien.

Dieser Situation entsprechend haben die internationalen Exekutiven von London und Wien das unterzeichnete Komitee mit dem Auftrag eingeholt, die Vorbereitungen für einen internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß zu treffen, der in Hamburg im Gewerkschaftshaus, Fesendlindehof 57 (Am Ostbahnhof) am 21. Mai 1923, 10 Uhr vormittags, beginnen und voraussichtlich sechs Tage dauern

Anzeichen trügen, wird sich der Hamburger Weltkongreß in der Tat zu einem Ereignis in der vollsten Bedeutung des Wortes gestalten.

Dafür bürgt auch bereits die provisorische Tagesordnung, über die ein Einvernehmen leicht erreicht werden konnte. Die deutscherseits vorgebrachte Anregung, die Frage des Achtstundentages und der internationalen Sozialreformen hinzuzufügen, wurde allgemein begrüßt, ebenso wurde nach einer Rede von Wels die Teilung des ersten Punktes („Die imperialistischen Friedensverträge und die Aufgabe der Arbeiterklasse“) in mehrere Spezialreferate beschlossen. Die Art und die Zahl dieser Spezialreferate wird noch auf einer weiteren Sitzung des Zehnertkomitees, die am 24. März wieder in Köln stattfinden wird, endgültig festgelegt werden. Als sicher kann bereits angesehen werden, daß eins dieser Spezialreferate, entsprechend der Welschen Anregung, das Thema „Okkupationen und Reparationen“ behandeln wird; ein anderes dürfte sich auf die internationalen „Finanz- und Wirtschaftfragen“ beziehen.

Den Anlaß zu diesem Beschluß gaben die hier bereits aus-

wird. Das Komitee hat sich in eingehenden Beratungen in Köln am 5. und 6. Januar mit der Organisation dieses Kongresses beschäftigt und schlägt folgende

provisorische Tagesordnung

vor:

1. Der imperialistische Friede und die Aufgaben der Arbeiterklasse.
2. Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion.
3. Die Aktion der sozialistischen Arbeiterparteien für den Achtstundentag und die internationalen sozialen Reformen.
4. Die Organisation des internationalen Proletariats.

Auf je 3000 (nicht 5000, wie irrtümlich in der Sonntagsnummer angegeben) Parteimitglieder soll ein Delegierter entsenden, jedoch nicht mehr als 50 auf jedes Land.

Das Komitee wird Ende März seine Vorschläge zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und die Anträge von den Parteien veröffentlichen, die bis zum 10. März 1923 bei Tom Shaw, 25. Victoria Street, London S.W., oder bei Friedrich Adler, Wien V, Rechte Wienzeile 97, eingelaufen sind.

An die gleiche Adresse ist bis zum 10. März die ungefähre Zahl der Delegierten mitzuteilen. Als Richtschnur hat das Organisationskomitee angenommen, daß auf 3000 Parteimitglieder ein Delegierter entsandt werden kann und die Höchstzahl der Vertreter jedes Landes auf 50 beschränkt wird.

Der Wiederaufbau der Internationale kann nicht das Werk eines Komitees oder einer einzelnen Parteigruppe sein. Er muß hervorgehen aus dem Anpassungsprozeß der sozialistischen Parteien aneinander. Dieser Anpassungsprozeß, der in dem geistigen Ringen um Übereinstimmung der Auffassungen erwartet werden muß, bedarf der Zeit. Die internationale Organisation der Arbeiterklasse kann daher in dem Momente ihres Entstehens nicht das Ergebnis der prinzipiellen Übereinstimmung aller in ihr vertretenen Parteien sein. Sie ist aber eine der wichtigsten Voraussetzungen, um einer solchen Übereinstimmung näher zu kommen. Indem die proletarischen Parteien ihre Erfahrungen austauschen, indem sie sich bemühen, durch tatkräftige gemeinschaftliche Arbeit ihre Übereinstimmung über die Ziele und Methoden der internationalen Arbeiterbewegung unermüdlich in die Praxis umzusetzen, werden sie in immer weiterem Umfange die notwendige Basis für gemeinsame Aktionen des Proletariats lassen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, kann es nicht die Aufgabe der Einberufung des internationalen Kongresses sein, die Arbeit der künftigen internationalen Organisation vorwegzunehmen, sondern sie muß sich darauf beschränken, jene Gesichtspunkte zu kennzeichnen, die praktisch den Kreis von Parteien abstecken, die sich zu einer Zusammenarbeit die positive Ergebnisse verspricht, vereinigen können. Das unterzeichnete Komitee ladet daher zu dem Hamburger Kongreß alle sozialistischen Arbeiterparteien ein, die

1. in der Beteiligung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse erkennen,
2. in der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die durch den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) repräsentiert wird, ein unumgängliches Erfordernis zur erfolgreichen Führung des Klassenkampfes anerkennen,
3. die Resolution des Haager Weltfriedenskongresses (1922) über „Ausführung der Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampf für den Frieden“ als gegenwärtige Basis für den Kampf gegen die Kriegsgefahr betrachten und die Notwendigkeit anerkennen, zu einer vollständigen Klarstellung über das Verhalten der proletarischen Parteien während eines Krieges zu gelangen,
4. die internationale Organisation nicht nur als ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso als ein unentbehrliches Instrument während eines Krieges anzuerkennen,
5. nach der Gründung einer Sozialistischen Internationale keiner außerhalb dieser sozialistischen Internationale bestehenden politischen internationalen Vereinigung anzugehören und die Beschlüsse dieser sozialistischen Internationale als bindend für sich anzuerkennen.

Alle Parteien, die gewillt sind, an der harten und unermüdlichen Arbeit mitzuwirken, die notwendig ist, um das Proletariat für gemeinsame internationale Aktionen vorzubereiten, hoffen wir auf dem Hamburger Kongreß vertreten zu sehen.

Das Zehnertkomitee der sozialistischen Exekutiven zu London und Wien.

gez. Abramowitsch, Friedrich Adler, Bracke, Crispian, Tom Shaw, Stauning, Vandervelde, Wallhead, Wels.

fürlich wiedergegebenen Mitteilungen von Wels über die Zustände in den besetzten Gebieten, die durch ihren reichhaltigen Inhalt und durch die ersten Schlussfolgerungen, die der Redner im Namen der deutschen Sozialdemokratie daraus zog, einen tiefen Eindruck auf die Konferenz auslösten. Der Sonderberichterstatter unseres Brüsseler Parteiorgans bezeichnet in einem Telegramm aus Köln diese Mitteilungen als aufsehenerregend, und sicherlich kamen sie in dieser Stunde der drohenden Ruhrbefreiung gerade zur rechten Zeit. Daß sie insbesondere den Gefühlen der sozialistischen Arbeiter in den besetzten Gebieten entsprachen, das wurde unseren ausländischen Genossen in der von höchster Begeisterung getragenen Massenkundgebung im Kölner „Volkshaus“ am Sonnabendabend noch eindrucksvoll bestätigt.

Es wäre undenkbar erschienen, wenn eine Konferenz von Führern des internationalen Sozialismus, die zufällig in den Stunden nach dem Scheitern der Pariser Konferenz tagte, nicht zu den weltbewegenden aktuellen Problemen Stellung genommen hätte, weil ihre Teilnehmer nicht dazu besonders mandatiert gewesen wären. Das geschah auch im Anschluß an die Erklärungen von Wels. Fast debattellos, denn eine

Aussprache erübrigte sich eben infolge der Einmütigkeit der Anschauungen, wurde die bereits gemeldete Protestkundgebung beschlossen. Diese hat jedenfalls einen ganz anderen Wert als die Beschlüsse der Essener Kommunistentagung, die zwei Trümmerhaufen zusammenbrachte und die auf jeden, der die hoffnungslose Ohnmacht und Zerfegung der französischen Kommunisten kennt, durch ihre Großspürigkeit besonders dreist und grotesk wirkt.

Die Arbeiten der Kölner Tagung haben den Wiederaufbau der sozialistischen Internationalen gewaltig gefördert. Noch ist bei weitem nicht alle Arbeit des Zehnerausschusses bis Hamburg erledigt. Es gilt u. a. noch den Entwurf eines neuen Organisationsstatuts vorzubereiten. Aber der feste gesunde lebensfähige Organismus ist im Werden, das Rührer wird zum Ei, und es wird bald nur noch die Schale fehlen, die in der Woche nach Pfingsten im natürlichen Entwicklungsprozess auf dem Hamburger Weltkongress entstehen wird.

Reparationsprogramm der Labour Party.

London, 8. Januar. (Reuter.) Abgeordneter Ramsey MacDonald sagte in einer Rede in Port Talbot: Ich glaube, es ist hohe Zeit, daß wir uns alle Klammern, daß das Problem, welches wir jetzt zu lösen haben, von neuem in Angriff genommen werden muß. Wir sollten hier aber einen neuen Anfang machen angesichts der Tatsache, daß die französische Politik gegen uns stehen wird. Ich halte noch immer die Ansicht aufrecht, die die Arbeiterpartei vor drei Jahren verkündet hat: 1. Die Reparationssumme muß endgültig festgesetzt werden. 2. Sie muß sowohl hinsichtlich der Barzahlungen als auch der Sachlieferungen so sein, daß Deutschland sie leisten kann und daß die empfangenden Länder sie aufnehmen können. 3. Sie muß nicht lediglich danach bemessen werden, was Deutschland jetzt leisten kann, sondern danach, was es bezahlen kann, wenn es sich nach Ablauf des notwendigen Moratoriums erholt hat. Schließlich sollen wir uns bei unserer Reparationspolitik nicht scheuen, der Welt in bestimmter Weise zu erklären, daß wir uns um unsere eigenen nationalen Interessen kümmern müssen, und sie nicht lediglich zu dem Zwecke opfern können, das Bündnis mit Frankreich oder mit irgendeinem anderen Lande im Gleichgewicht zu halten.

Die Aktion der französischen Sozialisten.

Paris, 8. Januar. (W.T.B.) In Marseille und Toulouse haben gestern die sozialistische Partei, die Liga für Menschenrechte und der Allgemeine Gewerkschaftsbund (C.G.T.) Kundgebungen veranstaltet. Es wurde eine Resolution gegen eine Politik angenommen, die auf die Zerstückelung Deutschlands und gegen das Recht der Völker, über sich selbst zu verfügen, gerichtet ist. In der Reparationsfrage und der Frage der Ausführung der Bestimmungen von Versailles solle ein Schiedspruch des Völkerbundes entscheiden.

In Paris finden immerzu Beratungen statt; man scheint aber noch nicht den endgültigen Plan gegen Deutschland, zu dem vor allem auch die Besetzung von Essen gehören soll, fertig zu haben, da morgen, Dienstag, wieder ein Ministerrat tagt. Die Bank von England hat Frankreich mitgeteilt, daß das französische Golddepot von 1916 bereits im Winter darauf für alliierte Kriegsmaterialankäufe nach Amerika geschickt worden ist. Der damalige Finanzminister Klotz behauptet aber, daß Frankreich das Recht auf Rückerstattung habe. Der amerikanische Senat erklärt in einem Beschluß, daß in der Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland eine Unfreundlichkeit gegen irgendeine der durch diese Maßnahme berührten europäischen Nationen nicht erblickt werden dürfe.

Diese Zurückziehung wird praktisch nur den Teil des deutschen Volkes berühren, der für die amerikanische Besetzung die französische eintauscht. Reuter sagt, daß die Zurückziehung Amerikas vom Rhein die Möglichkeit seines Eintritts in das Reparationsproblem verringere. Webrigens kann Präsident Harding den Vollzug des Senatsbeschlusses noch 14 Tage lang aufschieben.

Klantes Aerzte.

Von Hans Bauer.

Klante ist kein sympathischer Mensch. Dieser Häuptling einer zerrütteten Zeit, der ein Kennzeichen zum Glaubenssinn und das Versprechen der hundertprozentigen Dividende in vier Wochen zum Sakrament werden konnte, hat keinen anderen Untergang verdient als den im Gerichtssaal.

Wenn trotzdem diesem Pferdebein-Enthusiasten so etwas wie Mitgefühl entgegengebracht werden kann, so ist der Umstand daran schuld, daß die Verhandlung in einer Art geführt worden ist, die noch unsympathischer ist als der ganze Klante.

Klante sagt, er fühle sich krank und könne der Verhandlung nicht mehr folgen.

Er wird von Professor Strauch untersucht, der ihm seine Verhandlungsunfähigkeit bescheinigt. Dem Gericht genügt dieses Zeugnis nicht. Es befragt den Gefängnisarzt. Der Gefängnisarzt findet nichts an Klante. Er findet eine Woche lang nichts. Dann stellt er plötzlich Lungenbluten fest und hält Klantes Zustand für so bedenklich, daß er ihn auch nicht mehr eine Viertelstunde den Beschwerden der Verhandlung ausgesetzt wissen will.

Dem Gericht genügt das wieder nicht. Es läßt zwei andere Sachverständige. Diese halten Klante für gesund.

Inzwischen hat Klantes Verteidiger in einem Laboratorium Klantes Auswurf untersuchen lassen und festgestellt bekommen, daß es sich wahrscheinlich um Lungenkrebs bei Klante handelt.

Spruch — Widerspruch: Wir kennen das vom Kriege her.

Der Stabsarzt sagte: Herz-Kloppensehler, g.v. Der Oberstabsarzt korrigierte: Kerngesund, l.v. Gewiß: Es wurde simuliert während des Kriegs. Was simuliert. Es wird auch im Untersuchungsgefängnis simuliert werden. Klantes Gefängnisarzt vermutet, daß von hundert Fällen von Lungenbluten 99 vorgekautet wären.

Aber dann muß gefragt werden: Geschieht alles, um den einen nicht vorgekauteten Fall aus den hundert Fällen herauszufinden?

Es geschieht nicht alles. Der Fall Klante beweist das. Klante ist der Simulation nicht überführt. Die Aerzte sind sich nicht einig. In solchen Zweifelsfällen ist es Menschlichkeitsgebot, an die Krankheit zu glauben.

Wir haben kein Vertrauen mehr zum deutschen Richter. Er hat unser Vertrauen in unzähligen Fällen getäuscht. Er hat in zahllosen Tendenzurteilen seine rechtsgerichtete politische Meinung durchschimmern lassen.

Der Prozeß Klante macht uns auch mißtrauisch gegen die Aerzte, die im wesentlichen dem Gesellschaftsmilieu der Richter entstammen. Schön: Unsere Aerzte nennen den Kranken krank und den Gesunden gesund.

Aber wie nennen sie den Hobbkranken?

Die Nichtbeteiligung Belgiens an der Ruhrbesetzung sieht keineswegs fest; Pariser Blätter wollen das Gegenteil wissen.

Französische Ingenieurgruppen sind bereits in Düsseldorf; für Essen brauchten sie ja vorläufig noch die deutsche Einreiseerlaubnis.

Äußerungen Brabburys.

Paris, 8. Januar. (W.T.B.) „Chicago Tribune“ berichtet: In Paris macht eine Bemerkung Aufsehen, die Brabbury, als er gegen die Feststellung einer deutschen Verzögerung in der Frage der Holzlieferungen sprach, vor einigen Tagen fallen ließ. Er äußerte: „Seit das hölzerne Pferd von Troja gebaut wurde, ist Holz niemals zu einem solch abscheulichen Zweck verwendet worden.“ Er erklärte den Vorschlag, eine vorläufige Verzögerung Deutschlands festzustellen, für unbegründet, da die Kommission sich früher damit einverstanden erklärt hätte, daß die Angelegenheit geschäftsmäßig behandelt würde.

Als die Kommission über die Kohlenverzögerung sprach, hat Brabbury nach Havas gesagt, daß die englische Delegation, wenn sie entgegen gewissen irigen Gerüchten weiter in der Reparationskommission bleibe, nichtsdestoweniger von den Folgen derjenigen Beschlüsse abzurücken gedenke, denen sie nicht beitreten werde, und daß sie in dieser Beziehung keinerlei Verantwortung zu übernehmen wünsche. Schließlich habe Brabbury den Wunsch ausgesprochen, es möchten die Beziehungen zwischen England und Frankreich sich bald wieder so gestalten, daß ein umfassendes Zusammenwirken möglich sei.

Barthou habe Brabbury gedankt und mit den Worten geschlossen: „Zwei Wanderer, die am Rande eines Waldes ankämen, können je nach ihrem Geschmack der eine ihn umgehen, der andere ihn durchqueren. Darum kommen sie beim Ausgang aus dem Walde doch wieder zusammen. So wird es mit England und Frankreich sein.“

Dr. Wirth über Erfüllungspolitik.

Köln, 8. Januar. (Ill.) Zu dem am Sonntag angekündigten Vortrag des früheren Reichstanzlers Dr. Wirth über die innen- und außenpolitische Lage hatte sich im großen Saale der hiesigen Bürgergesellschaft eine mehrtausendköpfige Zuhörer-menge eingefunden, von der eine große Anzahl wegen Ueberfüllung des Saales wieder kehrt machen mußte. Vor der dichtgedrängten Zuhörer-schaft referierte Dr. Wirth seine Politik. Er beklagte den Mangel einer einheitlichen politischen Willensbildung in Deutschland, der es jeder Regierung unendlich schwer mache, die Kräfte zu einem einheitlichen Ziele zu führen. Sehr eingehend besaßte sich der Exkanzler dann mit der sogenannten Erfüllungspolitik und dem Sinn der Note vom 13. November 1922, in der die Bereitwilligkeit erklärt war, vom Goldbestand der Reichsbank 500 Millionen Goldmark mit einem ausländischen Kredit zu vereinigen, um eine Aktion zur Stabilisierung der deutschen Währung herbeizuführen. Er sei ehrlich bestrebt gewesen, der

Politik des wahren europäischen Friedens

die Wege zu ebnen. Diesem Frieden diene die ultimative Politik der Gegner nicht, besonders auch nicht das Londoner Ultimatum mit seiner unmöglichen 132-Milliarden-Forderung. Die beste Rechtfertigung seiner Politik sieht Dr. Wirth in Äußerungen Lloyd Georges, der ihm gegenüber erklärt habe:

„Wenn Sie nicht die Politik der Leistungen geübt hätten, dann wäre Deutschland in Stücke gerissen worden. Sie haben mit Ihrer Politik die Einheit Deutschlands gerettet!“

Der Redner erinnerte dann die Gegner daran, daß ein Volk, das alles getan habe, was in seinen Kräften stand, Anspruch auf Gerechtigkeit habe. Es sei der größte Frevel am Menschengeschichte, heute noch die Kriegesjurie über den Kontinent dahinzurufen zu lassen und noch einmal von französischer Seite den Gedanken zu erwägen, das deutsche Volk am Rhein von seinem Mutterlande zu trennen. Redner warnte die Gegner davor, die

deutschen Arbeiter zum Frontdienst vorzuziehen

zu wollen. Die Forderung nach der großen Koalition bezeichnete Dr. Wirth als die einzig richtige und sachliche Politik im deutschen Vaterland. Die politische Führung dürfe nicht zusammenfallen mit der Führung der Industrie. Es gelte auch sich von allen nationalstaatlichen Extravaganzen fernzuhalten. Redner forderte den Zusammenschluß aller produktiven Kräfte dadurch, daß man das Bürgerium und die Arbeiterwelt zur gemeinsamen politischen Arbeit gewinne. Ueber das jetzige Kabinett sagte er, daß nun eine

Im Kriege richtete sich die Benennung der Halbkrankheit nur allzu häufig nach der Charge.

Im täglichen Leben richtet sie sich oft genug nach der Zahlungsfähigkeit des Patienten.

Richtet sie sich im Gefängnis nach dem Stand des Inhaftierten? Kommt es darauf an, ob der Inhaftierte der arme Schächer Klante oder — sagen wir einmal — etwa ein ehemaliger Fürst aus der Umgebung des Kaisers ist?

Wir empören uns, wenn das Ausland uns Barbaren nennt. Dann darf aber keine Möglichkeit bestehen, daß eventuell gegen schwertrunkene Menschen prozessiert wird.

Wir erwarten vom Auslande Gerechtigkeit für uns. Dann müssen wir vor allem gegeneinander gerecht sein.

Eine Biographie Lily Brauns. Als Einleitung der Gesammelten Werke Lily Brauns, die bei der Verlagsanstalt Kiehm U. G., Berlin-Grünwald, in Vorbereitung sind, hat Julie Vogelstein in dort ein Lebensbild Lily Brauns erscheinen lassen. Was sie bietet, ist nicht kritische Verherrlichung, sondern sorgfältige psychologische Analyse und kritische Würdigung. Gerade dadurch aber erfüllt das Buch fast vollkommen den Zweck der Bertelshausen gegen mißverständliche Angriffe, denen die verstorbene Führerin der sozialistischen Frauenbewegung zu ihren Lebzeiten ausgesetzt war und die sie ihrer Natur nach schwerer ertrug, als es mancher andere an ihrer Stelle getan hätte. Leider gefehlt sich in der ausgezeichnet geschriebenen und darum des Gegenstands würdigen Schrift zur Objektivität des Biographen nicht auch die gleiche Lüge des Historikers. Der leidenschaftlichen Art Lily Brauns hat jene letzte Größe gesehen, die auch versteht, warum sie mißverstanden wird — dieses Verständnis aufzubringen wäre für die Beobachterin leichter gewesen als für die Erlebende. Hätte Julie Vogelstein dieses Verständnis aufgebracht, so hätte sie den Fehler vermieden, die sozialistische Arbeiterbewegung fast nur als den dunklen Hintergrund erscheinen zu lassen, von dem sich die Gestalt ihrer Heldin abhebt. Daß diese ein „radikale“ Sozialistin und später „Revisionistin“ mit den Manieren einer Dame der großen Gesellschaft, diese kalt scheinende Enthusiastin und befallbürtige Künstlerin sich an den schon geprägten Formen der Arbeiterbewegung hart stießen, wird gerade nach der Bekräftigung von Julie Vogelsteins Buch jedem klar, der die Zeit Lily Brauns in der Bewegung miterlebt hat. Dieses Miterleben fehlt der Verfasserin, und daraus erklären sich die Mängel ihres in anderer Beziehung trefflicheren und auf alle Fälle lesenswerten Buchs. Denn Lily Brauns zählt zu den bedeutendsten Erscheinungen des geistigen Deutschland am Ende der Kaiserzeit; ihr Bild, von dem die „Memoiren einer Sozialistin“ uns nur einen subjektiv gesehenen Auschnitt geben, der Nachwelt lebendig erhalten zu haben, bleibt Julie Vogelsteins Verdienst.

Eine neue Art der Bekräftigung von Rußen. Im Louvre in Paris sind jetzt zwei Säle eröffnet worden mit den Pastellen von Watou. Die Ausstellung ist der „Kunstchronik“ zufolge besonders bemerkenswert durch die neuartige Beleuchtung, die hier zur

Koalition derjenigen Kräfte vorhanden sei, die besonders im bürgerlichen Lager geschätzt werden, aber auch für sie wache die Größe der Last und die Schwere der Verantwortung. Nehi sei das Problem genau so wie früher. Nur von rechts betrachtet; man müsse versuchen, zu einer großen Gemeinsamkeit mit der Arbeiterwelt zu kommen. Im Verlauf der Rede lehnte Dr. Wirth es ab, das Wort: „Der Feind steht rechts!“ nur in dem verallgemeinerten Sinne geprägt zu haben, sondern er habe sich nur gegen den Geist gewandt, der immer wieder Gift in die Wunden des deutschen Volkes träufelt. Den Rapallovertrag bezeichnete er als ein Instrument der Verständigung und Versöhnung zwischen Deutschland und Rußland. Das höchste Ziel der deutschen Politik sei: Gewinnung der nationalen Freiheit und Sicherung der Rheinlande beim Reich. Dr. Wirth ließ auch eine leise Hoffnung auf die Hilfsdienste Amerikas durchblicken, glaubt aber, daß die amerikanische Politik viel zu langsam vor sich gehe, denn die Vereklendung Europas rufe im Eilzugstempo dahin. Einbruchsloch der Redner mit der Forderung von Frieden, Freiheit und Brot: „Hier ist die Hand, Herr Poincaré, die helfen will, die französischen Ruinen aufzubauen; aber die Arbeiter, die bereit sind, zu helfen, wollen in Frieden und Freiheit ihr tägliches Brot verdienen!“ Nach dem Vortrage Dr. Wirths nahm die Versammlung folgende Entschlüsse an:

Wir Rheinländer erheben mit tiefer Empörung Einspruch gegen die von Paris uns zuebedachte neueste Vergewaltigung. Diese Politik dient nicht der Reparation, sie führt nicht zum Wiederaufbau, sie schafft nur neue Zerrüttung und Zerstörung. Sie bahnt nicht den Weg zum Völkerfrieden, den die ganze Menschheit ersehnt, sie sät nur neuen Haß, tiefen, glühenden Haß, der früher oder später zu unheilvoller Ernte reifen muß. Und das alles geschieht nicht etwa aus dem Zwange wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus, sondern um politischer Ziele willen, die wohl verschleiert, aber nicht verborgen werden können. Wir kennen diese Ziele, alle Welt kennt sie. Sie bedeuten das Schlimmste, was einem wehrlosen Volke auferzogen werden kann. Aber diese Ziele werden niemals Wirklichkeit werden. Keine Macht der Welt ist stark genug, das Band, das Rheinland und Reich verknüpft, zu zerreißen. In erster, schwerer Stunde erneuern wir das heilige Gelübnis der Treue zu Volk und Vaterland. Wir kennen die Pflicht, die in diesen Stunden dem Zentrum als der stärksten Partei in den westlichen Grenzmarken des Reichs obliegt. Wir werden sie erfüllen in treuer Gemeinsamkeit mit allen, die gewillt sind, ihre Schutzhelfer für Heimat und Vaterland zu tun.

Rheinländer! Schließt die Reihen. Fort mit Kleinmut und Verzagttheit. Mag die Gewalt kurzlebige Triumphe feiern, unser gutes Recht ist stärker als sie, wenn nur der Wille, der es trägt und schützt, nicht schwach wird. Stark wie die deutsche Ehre soll unser deutscher Wille sein: Reich und Rheinland auf ewig ungeteilt!

Die deutschen Sachleistungen.

Durch W.T.B. wird nun auch eine eingehende und beweiskräftige Widerlegung der französischen Holz-, Stickstoff- und Pflastersteinparaworte verbreitet. Die Erwiderung sagt zusammenschend am Schluß:

Es wird zugegeben, daß die deutsche Regierung die ihr auferlegten Verpflichtungen auf den Gebieten der Holz-, Kohlen- und Pflastersteinlieferungen nicht in vollem Umfange erfüllt hat. Das teilweise Versagen der deutschen Bemühungen ist darauf zurückzuführen, daß die Forderungen von vornherein die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weit überstiegen, daß Streiks, Transportschwierigkeiten und andere nicht von der deutschen Regierung zu vertretende Umstände und nicht zum wenigsten

vertragswidrige Handlungen französischer Dienststellen

die Lieferungen gehemmt haben. Bei den Stickstofflieferungen und dem Le Troquerischen Projekt handelt es sich um Vorverhandlungen, bei denen die deutsche Regierung vollkommen korrekt verfahren ist. Eine Verzögerung kann um so weniger in Frage kommen, als eine Anforderung überhaupt nicht vorlag. Das Stimmens-Luberscher-Abkommen ist ein reiner Privatvertrag, dessen Ausführung allein den beiden Vertragsparteien überlassen und bestimmungsgemäß der Einwirkung der deutschen Regierung entzogen ist. Im übrigen hat dieses Abkommen bisher nicht versagt, sondern die praktischen Ergebnisse erzielt, die sich bisher in dem kurzen Zeitraum seiner Geltung erwarten ließen.

Katastrophenhauffe: Dollar 9450.

Anwendung gelangt. Die Fenster, die von der Seine ein zu hartes Reflexlicht bekommen, sind mit gestreiftem Glas versehen und in halber Höhe durch dunkle Vorhänge verdeckt. Die Wände sind resedafarben tapeziert, der Fußboden mit einem schwarzen Teppich ausgelegt, die Decke rot gestrichen. Damit ist erreicht, daß zum ersten Male Bilder unter Glas ohne lärmende Reflektoren sichtbar sind. Die Einrichtung rührt von einem Neuseeländer namens Seager her, der nach Studien über die Beleuchtungsverhältnisse aller Museen der Welt in seiner Heimat ein Museum erbaute, das vermittels außen angebrachter Reflektoren eine vorzügliche Beleuchtung erzielte. Da am Louvre die Außenarchitektur nicht durch solche Apparate zerstört werden konnte, hat Seager hier mit besonderen Farben gearbeitet.

Das Grauen auf der Bühne. Es gibt jetzt in den Großstädten besondere Theater, die nach dem Vorbild des Pariser „Grand Guignol“ die grausige Gespenserdramatik und das grellste Sensationsdrama pflegen. Besonders die Londoner sind auf solche Stücke, bei denen einen eine Gänsehaut überzieht, sehr erpicht, und das neueste Werk dieser Art ist ein „Schloß des Grauens“ mit dem Titel „Die Kasse und der Kanarienvogel“. Die Heldin des Stüdes wird in ein Irrenhaus gesperrt und erlebt hier die furchtbarsten Dinge. Nachts greift eine Hand aus der Wand und würgt sie an der Kehle, während sie im Bett liegt; eine Leiche stürzt auf sie aus einem geheimen Schrank herunter; ein Wahnsinniger, der sich einbildet, eine Kasse zu sein, springt ihr, dem „Kanarienvogel“, an die Kehle. Diese Schreckensszenen lösen nun merkwürdigerweise bei den Zuschauern weniger Schreie und Ohnmachten aus, als vielmehr sehr viel Gelächter. Es wird bei diesem Schauerdrama mehr gelacht als bei den komischen Sachen, die in London gespielt werden, und man erklärt dies daraus, daß der Mensch das Böse dazu benutzt, um schreckhafte Spannungen in harmloser Weise zu entladen. Die Darstellerin der Heldin, Mary Glynn, erzählte einem Ausrufer, daß auch sie bei dem Spiel eher Lachen als graufige Empfindungen habe und daß die schrecklichen Szenen, deren Mittelpunkt sie sei, nicht die geringste Furcht in ihr auslösten. Sie wisse jeden Augenblick, daß es eben nur Theater sei, und das gleiche Bewußtsein walte wohl auch bei dem Publikum vor, so daß es die Schrecknisse mit einem allerdings etwas gequälten Lachen aufnehme.

Arno-Holz-Abende. Am 11., 18. und 26. veranstaltet Eise Deyer im Künstlerhaus drei Arno-Holz-Abende. Die bereits aus früheren Jahren vörmlichst bekannte Sprechlerin der „Vielkämmer“ hat in ihr Programm Bilder und öffentliche Stüdes aus dem „Phantasma“ aufgenommen, so daß die Vortragkreise ein Bild von dem neuesten Schaffen des Dichters geben wird.

Dr. Adolf Wehne beginnt am 10. abends 8 1/2 Uhr, Georgenstr. 30/31, eine Reihe von Vorträgen: „Rußland, Frankreich, Deutschland, Holland, Italien — Querschnitt durch die künftliche Arbeit der Welt“.

Uraufführung des ersten russischen Films in Deutschland. In der übernächsten Woche findet die Uraufführung des ersten russischen Films, der unter der Sowjetregierung entstanden ist, in Berlin statt. Es handelt sich um einen kommunistischen Propagandafilm, sondern um die nach rein künstlerischen Grundsätzen vorgenommene Verfilmung der Reibememorie Tolstois „Polikuschka“. Der Film wird gleichzeitig in New York uraufgeführt werden.

Der Münchener Justizmord.

Ein Reichsgericht gegen das Fachsenbachurteil.

In der „Frankfurter Zeitung“ vom gestrigen Sonntag läßt Reichsgerichtsrat N i e d n e r an dem Urteil des Münchener Volksgerichts gegen Fachsenbach und Genossen vernichtende Kritik. Er weist nach, daß es dem Gericht gar nicht gelungen sei, den Einwand Fachsenbachs, das Ritter-Telegramm — für dessen Veröffentlichung 10 Jahre Zuchthaus verhängt wurden — sei bei der Veröffentlichung gar nicht geheim gewesen, zu widerlegen. Ueber die Frage, ob die Veröffentlichung im letzten Effekt nicht den Reichsinteressen nützlich gewesen sei, habe ein hervorragender Staatsrechtslehrer ein Sachverständigenurteil abgegeben, „weil er für sich nicht in Anspruch nehmen könne, denjenigen Leberblut zu besitzen, der ihn berechnen würde, ein Urteil abzugeben, das die Grundlage eines auf gewissenhafter Prüfung ergehenden Richterpruchs bilden könnte“. Das Gericht aber hat sich das nötige Sachverständigenurteil zugetraut, diese Frage zu entscheiden, es hat sogar angenommen, Fachsenbach habe die Schädigung vorausgesehen und gewollt, und es hat ihm deswegen die Ehre abgesprochen. Reichsgerichtsrat Niedner kommt zu diesem Ergebnis:

Es muß dringend gefordert werden, daß das Reich nachdrücklich darauf dringt, daß diese Ausnahmegerichte, welche durchaus nicht die nötigen Garantien für eine objektive Wahrheitsforschung bieten, und deren fortwährendes Weiterbestehen dem Artikel 48 Abs. 4 widerspricht, endlich beseitigt werden. Darüber hinaus ist zu fordern, daß durch Reichsgesetz eine Revision der volkgerichtlichen Urteile, und zwar mit rückwirkender Kraft zu zulässig erklärt wird.

Der Reichstag wird diese Forderung eines der höchsten Richter des Reichs nicht ungehört verhallen lassen dürfen. Einweilen hat der Auswärtige Ausschuss auf sozialdemokratischen Antrag einen Unterausschuss eingesetzt, der mit den Rechten der Akteneinsicht und der Zeugenvernehmung ausgestattet ist und der jedenfalls das behauptete Sachverständigen des bayerischen Volksgerichts in Fragen der auswärtigen Politik einer gründlichen Nachprüfung unterziehen wird.

Besser wäre es freilich, wenn der Reichstag unter Verzicht auf jedes langwierige Verfahren dem Rat des Reichsgerichtsrats Niedner folgen und das von ihm geforderte Gesetz schleunigst verabschieden wollte. Hierzu würde er im Anschluß an die sozialdemokratische Interpellation wegen des Münchener Justizmordes die beste Gelegenheit finden.

Die bayrische „Einheitsfront“.

Kahr, Knilling, Ludendorff und Hitler.

München, 8. Januar. (Ill.) In einer von den vaterländischen Weibern Münchens veranstalteten Versammlung sprach der Regierungspräsident von Oberbayern, Dr. v. Kahr, der u. a. erklärte, daß der Kampf des deutschen Volkes vor allem gegen die Kriegsschuldigen und gegen den Versailles Vertrag gerichtet sein müsse. Der Wille, für das Vaterland zu leben, und, wenn es sein sollte, zu sterben, soll der Inhalt unseres Lebens sein. Es gelte nur zu unterscheiden zwischen deutsch und nichtdeutsch, national und international, zwischen christlicher und marxistischer Weltanschauung. Der Ministerpräsident Dr. v. Knilling betonte in einer Ansprache, daß die letzte Staatsregierung sowohl die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung wie die Wahrung der unantastbaren Rechte Bayerns für ihre Aufgaben ansehe. Später sprachen General Ludendorff und der Führer der Nationalsozialisten Hitler.

Hitler ist bekanntlich derjenige, der durch seine „Stoßtruppen“ und seine maßlose Hege die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung am meisten stört. Er predigt offen die Nationalideologie nach hitlerianischem Muster und hat es durch seine Hege gegen die Auslandler soweit gebracht, daß der bayerischen Regierung Unannehmlichkeiten entstanden sind. Es ist bezeichnend, daß diese Person trotzdem vor dem bayerischen Ministerpräsidenten als Redner auftreten darf. Die bayerische Regierung ist heute nicht viel mehr als ein Gefangener der Deutschpolitik.

Nationalistendemonstration in Halle.

Halle a. d. S., 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Alle bürgerlichen Parteien Halles veranstalteten gestern aus Anlaß der Denkmalsenterte eine große nationalistische Kundgebung in einer Versammlung im Bahnhofs-Theater. Trotz Anwesenheit der Polizei wurde in der wüsten Weise über die Beamten der Republik, den Reichspräsidenten, den Regierungspräsidenten, den Oberpräsidenten, den Minister Severing bis hinauf zum Reichspräsidenten geschimpft. Worte wie: „Verbrecher, Lump, Säufler, Säurer, Henk die Schweine auf!“ schwirren nur so durch den Saal. Nach Schluß der Versammlung, an der sich auch die Demokraten beteiligten, versuchten die Teilnehmer unter Begleitung von Ehrhardt-Fähnchen zum Denkmal zu gelangen. Der Polizei gelang es, die Demonstranten abzuwehren. Arbeiterjugend entwand einem Trupp eine Monarchistenfahne. Als Altentäter ist der 23jährige Emil Werner verhaftet worden. Er hat ein Befändnis abgelegt.

Die „Notlage“ der Landwirtschaft.

Wir zitierten kürzlich aus den Reisebriefen des Deutschamerikaners Wierck, eines Enkels Wilhelms I., einige Sätze darüber, wie gut es der Landwirtschaft in Deutschland gehe. Diese Sätze waren der „Deutschen Tageszeitung“ entnommen, die sonst berufsamtlich nachzuweisen pflegt, daß es der Landwirtschaft überaus schlecht geht und daß deshalb, wie früher der Hochschulzoll, so jetzt die Beseitigung der Getreideumlage das einzige Mittel sei, um den armen Landwirten auf die Beine zu helfen. Unser Blatt hat begreiflicherweise dem agrarischen Blatte nicht gefallen. Es bemüht sich daher, uns nachzuweisen, daß „durch die wahnsinnige Wirtschafts- und Steuerpolitik der Landwirt direkt zu extensiver Wirtschaft und je nach besonderer Lage und Veranlagung auch zu unproduktiver Verwendung von Einnahmen getrieben wird“.

In anderer Stelle des Blattes bemüht sich der preußische Landtagsabgeordnete Rittergutsbesitzer Schlange um den ziffernmäßigen Nachweis, daß bei allen hohen Einnahmeziffern, die auch er zugeben muß, der Landwirt am Ende des Jahres doch mit großer Unterbilanz arbeitet. Herr Schlange führt als Beispiel ein Gut von etwa 2800 Morgen an, von denen etwa 2400 Morgen unter dem Pfluge sind. Er nimmt an, daß davon 1350 Morgen mit Getreide bestellt sind und daß diese 9800 Zentner Ernte brachten. Davon rechnet er für Deputat, Pferdefutter, Ausfaat und Eigenverbrauch 5400 Zentner ab, so daß 4400 Zentner Getreide übrig blieben. Von diesen, behauptet er, wären rund 3600 Zentner im Umlageverfahren abzugeben, aus denen er eine Einnahme von 23 316 000 M. errechnet. Aus dem freien Getreide (800 Zentner) will Schlange nur pro Zentner 10 000 M. durchschnittlich also rund 8 Millionen, erzielen. Aus den Kartoffeln, die auf 600 Morgen gewonnen wurden, will Schlange rund 14 400 000 M. erzielen, nachdem er 10 000 Zentner der Ernte für Eigenverbrauch (Hausbrot, Schnitterdeputate, Viehhaltung) abgerechnet hat. Die Gesamteinnahme aus allen Feldfrüchten berechnet er demnach auf 45 716 000 M.

Nachdem er die Gesamtausgaben mit 25 030 000 M. (darunter für Pflanzung nur 3 Millionen!) berechnet hat, bleibt also einbarer Ueberschuß von 20 686 000 M. Jeder Baie, der das liest, wird der Meinung sein, das wäre eine ganz respektable Summe. In dessen der Pferdefuß kommt auch bei Herrn Schlange hinterdrein. Er rechnet vor, daß wenn auch nur ein Mindestmaß von künstlichen Düngern für die Neubestellung beschafft wird, dafür allein 29 600 000 M. ausgegeben werden müßten. Demnach hat der Inhaber des Betriebes, den Schlange als Beispiel wählt, noch ein Defizit von rund 10 Millionen Mark zu verzeichnen! Und so kommt er zu dem Resultat, dessen Begründung der ganze Artikel gewidmet, die bisherige Preispolitik sei Verleumdungspolitik!

Es ist selbstverständlich ein Unding, daß ein so großer Betrieb mit einer Unterbilanz von 10 Millionen Mark abschließen kann. Herr Schlange will die Getreideumlage beseitigen, die 3600 Zentner Umlagegetreide also zu dem von ihm angenommenen Durchschnittspreis von 10 000 M. pro Zentner verkaufen. Er würde dadurch rund 13 Millionen Mark mehr einnehmen, also im ungünstigsten Falle noch 3½ Millionen verdient haben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch in seiner Rechnung alle Ergänzungen an Betriebsmitteln schon einfallend sind, daß aber nirgends in seiner Berechnung zutage tritt, wieviel im eigenen Haushalt verbraucht wird und wieviel aus der Viehzucht übrig bleibt. Er hat zwar rund 450 Morgen mit Futtermitteln besät, hat auch das Getreide für Pferdefütter, die Kartoffeln als Viehfutter schon in der Rechnung gebracht, aber die Erträge der Viehzucht (Milch, Eier, Wolle usw.) werden nirgends aufgeführt. Die Berechnung hat also augenscheinlich ein Loch, das noch aufgefüllt werden müßte, um sie ganz glaubhaft zu machen.

Der Augenschein spricht allerdings beredt gegen die behauptete Notlage der Landwirtschaft, als daß die tabellarischen Ausführungen des Herrn Schlange ihn ohne weiteres zu widerlegen vermöchten. Mehrfach ist ja aus Kreisen der Landwirtschaft selbst die unverhältnismäßig günstige Stellung der Landwirte offen zugegeben worden. So schrieb noch vor kurzem der Großgrundbesitzer v. Kleist-Schmenzin in der deutschnational-agrarischen „Pommerschen Tagespost“ über die Zerreißung des Mittelstandes:

„Die nächste Auswirkung dieser beklagenswerten Zustände ist das Anstellen von Vergleichlichen mit dem Landwirte, der die Ernährungsorgen nicht hat, und diese Vergleiche lösen manche bittere Empfindung aus. Die Annahme, daß solche Empfindungen nur in politisch links gerichteten Kreisen und bei grundsätzlichen Gegnern der Landwirtschaft oder des Großgrundbesitzes zu finden sind, ist ein verhängnisvoller Irrtum. Nach nationaler und der Landwirtschaft nicht grundsätzlichen abgeneigter Mann fast ungeschickt des steigenden Elends einen Groll gegen die Landwirte, die seiner Ansicht nach im Ueberschuß leben, ihn aber und seine Familie darben lassen. Bangsam bildet sich ein Riß auch zwischen den ordnungsliebenden Elementen in Stadt und Land.“

Wenn sogar die nach agrarischer Meinung „national“ Gesinnten an die Verleumdung der Landwirtschaft nicht zu glauben vermögen, so wird man es den Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten in der Stadt so wenig wie den kleinen Gewerbetreibenden verorgen können, wenn auch sie diese Verleumdung nicht als eine unbestreitbare Tatsache ansehen wollen. Die „Landwirtschaft“ handelt heute noch nach dem Rezept, das ihr damaliger Führer Rupperts-Kanfern ihr vor 30 Jahren empfahl: Schreien, schreien und abermals schreien! Wir ändern aber sollen uns dem gegenüber lediglich in hungernder Geduld absetzen!

Einer, der helfen will . . .

In der gleichen Nummer der „Deutschen Tageszeitung“, in der Herr Schlange die Notlage der Landwirtschaft auf seine Art beweist, findet sich das folgende vielversprechende Inserat:

Suche für Freund, unter gegenseitiger strengster Diskretion, Einheirat in größeres Gut. Große elegante Erscheinung, Dipl.-Landwirt, aus den besten Kreisen früheren Militärs, 250 Millionen Vermögen. Anschrift usw.

Dieser Diplom-Landwirt „aus den besten Kreisen früheren Militärs“, müßte sich also eigentlich sein Beirgeißel wiedergeben lassen, wenn er so unvorsichtig ist, sich selbst und auch noch sein 250 Millionen in ein Unternehmen zu stecken, das — nach Schlange — totfischer mit Unterbilanz arbeiten muß. Oder will er mit seinem Vermögen lediglich der Notleidenden aufhelfen?

Ludwig Waigand-Bremen gestorben.

Bremen, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum heutigen Montag entschlief nach kurzer heftiger Erkrankung der Lungen Reichstagsabg. Genosse Ludwig Waigand-Bremen. Er war im Jahre 1865 in der Nähe von Würzburg geboren, erlernte das Buchdruckerhandwerk und schloß sich früh seiner Gewerkschaft an, der er über 30 Jahre angehört hat. Früh schon wurde er auch Parteimitglied. Seine Kraft und Anlagen erkennend, wählte ihn die Partei in die Bremer Bürgerschaft, der er seit 1903 angehört hat. 1912 wählte ihn die Bremer Parteigenossen zum Parteisekretär, und seit den Wahlen von 1920 gehört er auch dem Reichstage an. Ueberall hat er mit vorbildlichem Eifer und Fähigkeit die Sache der Arbeiterschaft vertreten. Er war einer der still, aber emsig Schaffenden.

Sein Nachfolger im Reichstage wird Landtagsabg. Genosse Hubert Osabrück sein.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild, überwiegend frühe und etwas neblig mit niederholten Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.

Devisenkurse.

	8. Januar		6. Januar	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	8740.82	8759.88	8381.52	8398.98
1 argentinische Papier-Peso	8511.20	8528.80	3192	3208
1 belgischer Frank	598	599	558.61	556.99
1 norwegische Krone	1780.53	1780.47	1615.95	1624.05
1 dänische Krone	1926.17	1984.88	1745.82	1754.88
1 schwedische Krone	2523.67	2538.33	2294.20	2305.75
1 finnische Mark	231.42	232.58	207.45	208.52
1 japanischer Yen	—	—	4114.65	4135.82
1 italienische Lire	466.82	476.18	428.92	431.08
1 Pfund Sterling	4 690.50	4809.50	39450.62	39849.88
1 Dollar	9426.37	9473.63	8516.15	8558.85
1 französischer Frank	643.88	646.62	598.50	601.50
1 brasilianischer Milreis	—	—	947.62	952.38
1 Schweizer Frank	1785.52	1794.48	1610.99	1619.04
1 spanische Pesta	1478.79	1484.21	1331.66	1338.34
100 österr. Kronen (abgef.)	—	—	12.14	12.22
1 tschechische Krone	—	—	248.88	245.12
1 ungarische Krone	—	—	8.24	8.20
1 bulgarische Dewa	—	—	54.61	54.89
1 jugoslawischer Dinar	—	—	91.02	91.98

In der Halle.

Sonnabendabend 6 Uhr in der Zentralmarkthalle. Wo sonst so reges Leben und Treiben herrscht, ist alles ruhig. Die Stände der Händler sind mit schließenden Gittern versehen. Und hinter diesen schließenden Gittern lagert Ware. Gemüse aller Art, Fleisch, Wurst und Schinken usw. Das alles ist jetzt dem Verderben überantwortet. Händler, die noch außerhalb der Halle ein Geschäft betreiben, haben ihre Ware in jenem Geschäft untergebracht, um sie dort zum Verkauf zu bringen. Sie sind die Klügsten! Denn erstens unterflügen sie den Streit, zweitens verlaufen sie trotzdem ihre Ware, und drittens verdienen sie nach wie vor Geld. Aber diese Klugen rekrutieren sich zumeist aus Großhändlern. Und die Kleinhändler? Sie üben (wie sie selbst sagen — „Solidarität“). Sie sind die Dummen! Sie merken es immer mehr und suchen deshalb einen Grund, irgendwo den aufgelaufenen Verger loszuschlagen. In kleinen Haufen stehen sie zusammen und ärgern sich laut. Ab und zu schiebt sich ein gut genährter Großhändler durch die Reihen der Verärgerten und bläst, selbst ärgerlich, den Rauch einer schweren Zigarre in die Luft. Vergerlich? Jawohl, und zwar mit Recht. Denn sonst weilen in dieser Zeit die Herren Großhändler meist schon im sonnigen Süden, um sich von ihren Geschäftsrapazzen zu erholen. Jetzt kann natürlich davon keine Rede sein. Eins kann man eben nur: streifen oder — reifen.

Steht da ein älteres Mütterchen und handelt mit Pantoffeln. Sie muß als Zielscheibe des Vergers der streifenden Händler dienen. „Kief doch mal einer an“, meint eine Händlerfrau, „die Dille streift ja nicht. Sie is ja een Streikbrecher. Keener soll se wat abkooften.“ Ruhig hört das Mütterchen zu. Ein Arbeiter tritt heran und hat die Absicht, ein Paar Pantoffeln zu erstehen. Gleich geht das Gezeifer der Händlerin wieder los: „Kooften Sie die Dinger nich, die halten ja doch bloß een paar Tage. Ja, ja, Sie sind jemeent.“ fährt das wütende Weib fort, als der Arbeiter sich umdreht. Er legt die Pantoffeln wieder zurück und enisernt sich. Dem alten Pantoffelmütterchen aber rollen die Tränen über die vom Alter eingefurchten Wangen . . .

Wahrlich, sie sind Helden, die Kleinhändler. Helden und Marionetten zugleich. Helden, wenn es darum geht, schwächeren Leuten das ohnehin knappe Brot zu verdienen, und Marionetten in den Händen der Großhändler. Wozu der Großhändler sie braucht, schiebt er sie hin. Und sie arbeiten so getreulich, aber nicht etwa für den Großen, sondern lediglich aus — „Solidarität“.

Der Streit der Markthallenstandinhaber und der Großhändler dauert auch am heutigen Montag unverändert fort. Ob sich eine Einigung mit den Streikenden in den nächsten Tagen erzielen lassen wird, dürfte sehr wesentlich von dem Ergebnis der Bepfechungen abhängen, die heute gepflogen werden. Jedenfalls werden die dort gefaßten Entschlüsse für die Versammlung der Markthallenstandinhaber maßgebend sein, die heute nachmittags zusammentritt. Für die Groß-Berliner Bevölkerung wird sich der Streit, selbst wenn in den nächsten Tagen eine Einigung mit dem Konflikt zustande kommen sollte, noch in unangenehmer Weise auswirken, da das Heranbringen der neuen Zufuhren mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, und man daher in dieser Woche kaum mit einem geregelteten Verkauf in den Hallen oder Ladengeschäften rechnen kann.

Mieterproteste.

80 Versammlungen in Groß-Berlin. — Streikdrohungen.

Am gestrigen Sonntag haben in allen 20 Verwaltungsbezirken Berlins 80 vom Gau Berlin im Bunde Deutscher Mietervereine einberufene Demonstrationsoberammlungen stattgefunden, in denen gegen die Mietfestsetzungspolitik des Magistrats, in der die Mieterschaft eine unerschöpfliche Ueberernteung zugunsten des Hausbesitzes erlitt, protestiert wurde. Ebenso wurde in diesen Versammlungen gegen die wachsende indirekte Besteuerung der Mieterschaft durch das scharfe Anziehen der städtischen Steuern, Gebühren und Abgaben protestiert. An fast allen Stellen wurde in stürmischen Zwischenrufen der Eintritt in den Mieterstreik gefordert, und in der im 6. Verwaltungsbezirk, Hallesches Tor, abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, am 11. Februar in den Mieterstreik zu treten, wenn der Magistrat die Grundmieten nicht bis dahin herabsetze. Ueberall wurde eine gleichlautende Entschlieung angenommen, in der die Herabsetzung der Grundmieten, die Beseitigung der öffentlich-rechtlichen Hausabgaben auf das unbedingte Recht der Begrenzung der privatrechtlichen Hausabgaben, Herabsetzung der Verwaltungskosten und Beseitigung der Zuschläge für Instandsetzungsarbeiten auf ein der Notlage des Volkes entsprechendes Maß gefordert wurde. Die Mieterschaft, so heißt es weiter, sei am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt und lehne jede Verantwortung für die aus der Mieterschaft durch ihre berechtigten Forderungen entstehenden Folgen ab. In der Versammlung des Bezirkes Prenzlauer Tor wurde die Entschlieung mit Rücksicht auf die erregte Stimmung der Mieterschaft durch die Androhung des Mieterstreiks verhängt. In mehreren Versammlungen, so im Albrechtshof in Steglitz, versuchten die Kommunisten eigene Entschlieungen durchzubringen. Einer ihrer Redner erklärte dort, man müsse es in Berlin ebenso machen wie die Brüder in Mitteldeutschland und Leipzig die bereits in den Mieterstreik getreten seien. Sehr bedauerlich sei es auch, daß die kommunistische Partei im Reichstage für das Reichsmietengesetz gestimmt habe. Als der Versammlungsteilnehmer in Steglitz den Verhören, die Kundgebung parteipolitisch anzuschließen, scharf entgegentrat, kam es zu erregten Szenen, die die Durchführung der Versammlung zeitweise in Frage stellten. Schließlich einigte man sich aber doch auf die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Resolution, die dann gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen wurde.

Mit 85 Millionen Mark verschwunden!

Unterfchlagung oder Opfer eines Verbrechens?

Seit Sonnabend nachmittags ist der 17 Jahre alte Banklehrling Herbert Rey verschwunden, der bei seinen Eltern in der Werststraße wohnte und bei einem hiesigen großen Bankhause seit über einem Jahr beschäftigt war. Der junge Mann besah dort eine Vertrauensstellung, in der ihm wiederholt der Auftrag erteilt wurde, große Geldsummen nach anderen Banken zu bringen. So hatte er am Sonnabend nachmittags wieder 10 000 Dollar — 85 Millionen Mark — zur Befehlsbefolgung erhalten. Als er aber nicht mehr zurückkehrte und die Bank nachfragte, stellte sich heraus, daß er diesmal das Geld nicht abgeliefert hatte. Da er früher schon weit höhere Summen ordnungsmäßig befördert hatte, so besteht auch die Möglichkeit, daß er das Opfer eines Unfalles oder Verbrechens geworden ist. Festgestellt werden konnte bereits durch Kriminalkommissar Vinnemann, der mit der Aufklärung beschäftigt ist, daß ein Teil des Geldes bereits an einer Stelle eingewechselt worden ist. Der Verschwindende ist 1,73 Meter groß, schlant und breitschulterig, hat ein schmales Gesicht mit tiefen Radeln und trug eine kurze Hose, Wickelgamaschen, halbe Schuhe, einen blauen weichen Hut und dunklen Mantel.

Ein Schuß auf einen Vorortzug wurde wieder aus dem Hundsbaldhain abgefeuert. Die Kugel durchschlug eine Asteilung eines Dranienburger Zuges, zum Glück ohne einen Fahrgast zu treffen. Auf die Ergründung des Schützen ist, wie in allen solchen Fällen, eine Belohnung von 5000 R. ausgesetzt.

